

Sehr verehrte Mandantin,
sehr verehrter Mandant,

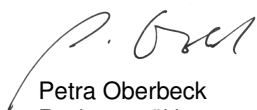
unser aktueller Mandanten-Newsletter **Nonprofitrecht aktuell** enthält wieder wichtige und aktuelle Hinweise zu dem von uns schwerpunktmäßig angebotenen Rechtsgebiet des Nonprofitrechts.

Sicherlich können Sie die eine oder andere Entscheidung auch in Ihre persönliche Planung miteinbeziehen. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne mit Rat und Tat zur Seite. Wir freuen uns, wenn wir Ihnen und Ihrer Organisation durch kluge und praxisnahe rechtliche und steuerliche Gestaltungen Vorteile vor Ihren Wettbewerbern verschaffen können.

Erlauben Sie uns - wie immer - den kurzen Hinweis, dass der Newsletter nur Ihrer grundlegenden Information dient und keine individuelle Rechtsberatung im Einzelfall ersetzt. Eine Haftung kann daher trotz sorgfältiger Bearbeitung nicht übernommen werden.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit besten Grüßen



Petra Oberbeck
Rechtsanwältin
Dipl.-Verwaltungswirtin



Stefan Winheller
Rechtsanwalt, Fachanwalt für
Steuerrecht, LL.M. Tax (USA)



Christoph Klein
Rechtsanwalt

Gemeinnützigkeitsrecht

Pferderennen nicht (mehr) steuerbegünstigt

Die Veranstaltung von Trabrennen durch einen wegen Förderung der Pferdezucht als gemeinnützig anerkannten Verein ist kein Zweckbetrieb. Einkünfte aus einer solchen Trabrennveranstaltung sind daher nicht steuerbegünstigt.

Die bislang von der Finanzverwaltung als Zweckbetrieb (§ 65 AO) anerkannte Veranstaltung von Trabrennen wird seit einer kürzlich veröffentlichten Entscheidung des BFH als regulärer wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (§ 14 AO) behandelt. Die Einkünfte aus den Wettbewerben müssen daher voll versteuert werden, sofern die Einnahmen 35.000 Euro im Jahr übersteigen.


Trabrennen sind aus Sicht des Gerichtes keine züchterischen Veranstaltungen, sondern in erster Linie beliebte Freizeitvergnügen und sportliche Veranstaltungen, die sich etwa von Fußballspielen, Boxkämpfen, Auto- oder Radrennen nur unwesentlich unterscheiden. Maßgeblich sei dabei allein der objektive Charakter der Veranstaltung, nicht der von den Veranstaltern verfolgte Zweck. Solche vergleichbaren Veranstaltungen seien jedoch – bei Durchführung unter

denselben Bedingungen – steuerpflichtig. Das gleiche müsse daher auch für Trabrennen gelten.

Es stehe nicht im Widerspruch zueinander, wenn ein Traberverein wegen Förderung der Tierzucht als gemeinnützig anerkannt sei, die Veranstaltung von eintrittspflichtigen Rennen und daneben der Totalisatorbetrieb jedoch als wirtschaftliche Geschäftsbetriebe eingestuft würden. Die für die Tierzucht erforderlichen Leistungsprüfungen könnten auch ohne zahlendes Publikum stattfinden. Daher stellten Trabrennen keine notwendigen Voraussetzungen für die Traberzucht dar; sie seien keine „für Vereinszwecke unentbehrlichen Hilfsbetriebe“. Aus Wettbewerbs- und Gleichheitsgründen sei eine einseitige Bevorzugung des Pferdesports im Vergleich zu anderen Sportarten daher nicht rechtmäßig.

Hinweis: Veranstalter von Trabrennen werden also nicht wie bisher nur für den Totalisatorbetrieb, sondern auch für die Rennen selbst sowohl Körperschafts- als auch Gewerbesteuer zahlen müssen, sofern die Grenze des § 64 Abs. 3 AO (35.000,- EUR) im Jahr überschritten wird. Fraglich ist nur, wie ab sofort Trabrennen steuerlich behandelt werden, die in der Vergangenheit vor der Entscheidung des BFH veranstaltet wurden. Aus Vertrauensschutzgründen ist davon aus-

zugehen, dass für frühere Rennen noch die alte Regelung der Finanzverwaltung gelten wird.

BFH, Urteil v. 22.04.2009, Az. I R 15/07 

Datenschutzreform: Noch keine Entwarnung für gemeinnützige Organisationen

Das Ringen um die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes geht weiter. Eine Verabschiedung der Reform ist nicht vor Anfang Juli 2009 zu erwarten.

Eine Entwarnung für gemeinnützige Einrichtungen, die ihre Spenderwerbung durch die geplante Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes gefährdet sehen, kann noch immer nicht gegeben werden. Gemeinnützige Organisationen und ihre Fundraiser werden sich mindestens bis Anfang Juli gedulden müssen. Frühestens dann wird der Bundestag über einen entsprechenden Gesetzentwurf entscheiden können – sofern das Vorhaben nicht schon zuvor von der SPD-Fraktion abgelehnt und einstweilen wieder ad acta gelegt werden muss.

In der ersten Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes, die am 29.05.2009 vom Bundestag verabschiedet worden war, war die Frage, ob die Weitergabe von Kundendaten künftig unter den Vorbehalt ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des Betroffenen gestellt wird, nicht entschieden worden.

Über das Thema wird aber womöglich in einer zweiten Novelle eine Entscheidung fallen. Wann genau, ist allerdings weiterhin fraglich, nachdem die SPD kürzlich einen bereits mit der CDU ausgehandelten Kompromiss in Frage gestellt hat und nun Ende Juni eine Abstimmung der gesamten SPD-Fraktion über den Gesetzentwurf erforderlich sein wird.

Für die geplanten Neuregelungen, bspw. die Einwilligung des Kunden zur Weitergabe seiner Daten zumindest mittels eines hervorgehobenen Hinweises in den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Unternehmens oder die Angabe der Quelle, von der das Unternehmen die Adresse des Kunden bezogen hat, scheinen jedenfalls Ausnahmen für gemeinnützige Organisationen vorgesehen zu sein.

Hinweis: Wie das endgültige Gesetz aussehen wird und in welchem Umfang der gemeinnützige Sektor hiervon betroffen sein wird, ist allerdings noch nicht klar. Man wird daher bis zum Schluss der Legislaturperiode gespannt nach Berlin blicken müssen. Wir werden Sie über die Entwicklungen weiter informiert halten.

Für einen gemeinnützigen kirchlichen Verband erarbeiten wir derzeit übrigens einen Datenschutzleitfaden, der sich dem Thema Datenschutz und Fundraising widmet. Auch über dieses Projekt halten wir Sie gerne auf dem Laufenden.

Stiftungsrecht

Neues Magazin „Werte Stiften“

Seit kurzem wird die Stiftungswelt durch ein neues Magazin bereichert. „Werte stiften“ widmet sich aktuellen Stiftungsthemen und spricht vor allem Stiftungen, Stifter und Stiftungsinteressierte an.

Das Magazin ist in die Bereiche Recht, Steuern, Vermögensverwaltung und Marketing gegliedert und wird neben der Druckausgabe auch im Internet abrufbar

sein. Wir wünschen dem Magazin gutes Gelingen und beteiligen uns gerne in der ersten Ausgabe mit einem Beitrag über „Gemeinnützige Stiftungen aus steuerrechtlicher Sicht“.

Hinweis: Die Druckausgabe des Magazins soll in einer Auflage von 10.000 Stück überwiegend über die Sparkassen vertrieben werden.

<http://www.werte-stiften.de>

Vereinsrecht

Leitfaden zum Vereinsrecht

Das Bundesministerium der Justiz hat einen neuen Leitfaden zum Vereinsrecht veröffentlicht.

Der Leitfaden soll Vereinsgründern und -mitgliedern einen verständlichen Überblick über das Vereinsrecht an die Hand geben. Insbesondere werden die Themen Gründung und laufender Betrieb eines Vereins, Rechte und Pflichten der Mitglieder und Organe, Ende des Vereins und Allgemeine Hinweise zum Steuerrecht behandelt. Abrufbar ist die Publikation auf der Homepage des Bundesjustizministeriums.

Hinweis: Der Leitfaden ist eine gute „Erste Hilfe“ im Alltag. Bei schwierigen juristischen Fragen kann er den fundierten anwaltlichen Rat freilich nicht ersetzen.

http://www.bmj.de/files/-/3468/Leitfaden_barrierefrei_20090508.pdf



WINHELLER Rechtsanwälte

Corneliusstr. 34
D-60325 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (0)69 76 75 77 80
Fax: +49 (0)69 76 75 77 810

E-Mail: info@winheller.com
Internet: <http://www.winheller.com>

Frankfurt | Karlsruhe | Shanghai

- ▶ Wirtschaftsrecht
- ▶ Gewerblicher Rechtsschutz
- ▶ Medienrecht & Sportrecht
- ▶ Kapitalanlagerecht
- ▶ Stiftungsrecht
- ▶ Nonprofitrecht

**Weitere Informationen finden
Sie auf unserer Website**

www.winheller.com